

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 22.03.2022

Dezernat: I / Büro der
Stadtvertretung
Bearbeiter/in: Herr Nemitz
Telefon: 545-1021

Informationsvorlage Drucksache Nr.

00265/2021/PE

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Prüfantrag | Microsoft EXIT - Umstellung der IT Systeme der Landeshauptstadt. Microsoft verbannen!

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung nimmt das Ergebnis zur Kenntnis.

Begründung

Die Stadtvertretung hat in ihrer 21. Sitzung am 06.12.2021 unter TOP 39 zur Drucksache 00265/2021 Folgendes beschlossen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen und im ersten Quartal 2022 darzulegen, inwieweit eine Umstellung von Microsoft Office hin zu alternativen Office-Programmen in der Verwaltung der Landeshauptstadt unter Berücksichtigung zeitlicher und finanzieller Aspekte realisierbar ist. Dabei ist eine Kooperation mit den Institutionen Städte- und Gemeindetag M-V oder Deutscher Städtetag zu berücksichtigen.

Hierzu wird mitgeteilt:

Zusammenfassende Stellungnahme der SIS / KSM:

Zentrale Herausforderung in diesem Kontext ist das Gesamtthemenfeld digitale Souveränität, d.h. der verstärkte Einsatz von Open Source Software und offenen Standards.

Allerdings ist eine sehr hohe Anzahl von aktuell im Einsatz befindlichen kommunalen Fachverfahren (z.B. für Wohngeld, Haushalt, Soziales etc.), diesen Anforderungen aktuell nicht gewachsen. Auch die existierenden, umfangreichen Schnittstellen zwischen den Fachverfahren sind weitestgehend nicht standardisiert und behindern damit den verstärkten Einsatz von Open Source Software und offenen Standards.

Die momentan im Einsatz befindlichen Fachverfahren sind überwiegend langjährig im Einsatz und erfüllen die fachlichen Anforderungen hervorragend. Die softwaretechnische Basis ist jedoch oft nicht mehr „State of the Art“ und behindert daher den verstärkten Einsatz von Open Source Software und offenen Standards.

Dies zeigt sich beispielsweise an der Notwendigkeit einer lokalen Installation auf einem Windows-basierten System. Auch die überwiegend nur mit Microsoft Office kompatible Erstellung von Dokumenten, bei denen beispielsweise Makros oder speziellen Plug-In's genutzt werden, ist ein weiterer Beleg dafür.

Künftige Applikationen werden daher idealerweise Browser-/Web-basiert bereitgestellt, ähnlich z.B. dem Amazon Warenkorb mit einer intuitiven Bediener-Führung, ohne dass vorher eine Programminstallation auf dem IT-Arbeitsplatz erforderlich wird.

Faktisch erfordert dies eine grundsätzliche Modernisierung der gesamten softwareunterstützten Verwaltungsarbeit, eine Herausforderung die uns noch über viele Jahre begleiten wird. Dieses Ziel kann jedoch nur in enger Kooperation der öffentlichen Verwaltung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, den kommunalen Spitzenverbänden, den kommunalen IT-Dienstleistern und den Softwareherstellern für kommunale Fachanwendungen erreicht werden. Eine sehr große Hilfestellung ist dabei auch die Zusammenarbeit in der VITAKO, dem Verband kommunaler IT-Dienstleister.

Erst wenn hierbei erhebliche weitere Fortschritte erreicht wurden, kann eine Umstellung von Microsoft Office hin zu alternativen Office-Programmen in der Verwaltung der Landeshauptstadt sinnvoll betrachtet und entschieden werden.

Eine weitere große Herausforderung stellt das fehlende Know-how über die Möglichkeiten und Funktionalitäten alternativer Office-Softwarelösungen wie Libreoffice bei den Nutzerinnen und Nutzern dar. Ein Wechsel von langjährig im Einsatz befindlichen Applikationen bedarf daher umfangreicher Funktionstest und eines intensiven Schulungsprogrammes für alle Beteiligten.

In den letzten Jahren gab es bereits vielfache Aktivitäten und Förderprogrammen des Bundes, der Länder und einiger Kommunen zur Nutzung von OpenSorce-Produkten. Verwiesen sei beispielsweise auf das wohl bekannteste Projekt „LiMux“ der Landeshauptstadt München.

Auf Grund der beschriebenen Situation bei den Fachverfahren sind jedoch erst einige wenige Arbeitsplätze umgestellt worden.

Im Rahmen der aktiven Begleitung des Erneuerungsprozesses wird die SIS/KSM, in Abstimmung mit den Softwareherstellern der sich im Einsatz befindlichen Fachapplikationen und den IT-Koordinatorinnen und IT-Koordinatoren der Kommunen, erste Testinstallationen der „Phoenix-Suite“ (<https://www.dphoenixsuite.de/>) aus dem IT-Planungsrat (federführend ist das Land Hamburg) und, sobald verfügbar, des MV-PC der Landesverwaltung M-V durchführen. Beide Projekte entwickeln derzeit länderübergreifende Lösungen für OpenSource-Anwendungen als Alternative zu den derzeitig etablierten Microsoft-Anwendungen.

Der Prüfauftrag ist somit erledigt.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

☐ ja

Darstellung der Auswirkungen:

☐ nein

Anlagen:

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister